

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Schulausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 14.06.2022
Raum: Dorfkrug Delfshausen, Delfshauser Straße 141,
26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:50 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Wilhelm Janßen SPD

ordentliche Mitglieder

Frau Sylke Heilker CDU

Herr Tim Kammer CDU

Herr stv. BM Kai Küpperbusch CDU

Herr Alexander von Essen CDU

Herr Benjamin Dau SPD

Herr stv. BM Horst Segebade SPD für Anne Brandt

Frau Sandra Peters B90/Grüne

Frau Birgit Rowold B90/Grüne

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Theo Meyer UWG

Herr Volker Kirmes Elternvertreter

Verwaltung

Herr Bürgermeister Lars Krause

Herr Fritz Sundermann

Frau Sabine Meyer

Frau Anneke Schipper

Frau Anke Wilken Gleichstellungsbeauftragte

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Herr Stefan Tölen Technik

Gäste

Herr Christian Quapp von der Nordwest Zeitung

Frau Kathrin Janout von der Rasteder Rundschau

sowie 12 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Frau Anne Brandt SPD

Frau Saskia Duin-Lay Lehrervertreterin

Herr Hannes Hillen Schülervertreter

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.02.2022
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Sachstandsbericht CTC - Communities That Care
- 6 Durchführung Projekt Jugendbeteiligung
Vorlage: 2022/072
- 7 Ganztagsförderung für Kinder im Grundschulalter
Vorlage: 2022/056B
- 8 Anfragen und Hinweise
- 9 Einwohnerfragestunde
- 10 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen eröffnet die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 17:00 Uhr.

Bürgermeister Krause bemerkt anschließend, dass für ein neues stimmberechtigtes Mitglied im Schulausschuss noch die Pflichtenbelehrung gemäß des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes erfolgen muss. Er verpflichtet anschließend den Elternvertreter Volker Kirmes durch Handschlag. Herr Kirmes gibt eine unterzeichnete Ausfertigung der zuvor überreichten Pflichtenbelehrung zurück.

Hinweis: Es handelt sich um eine gemeinsame Sitzung des Schulausschusses und des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales, sodass bei den Wortbeiträgen möglicherweise Ratsmitglieder genannt werden, die nicht im Schulausschuss als Mitglieder aufgeführt sind.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 12 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Schulausschuss beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.02.2022

Der Schulausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses vom 07.02.2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Herr Janßen weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen einige Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern, die vom Bürgermeister beziehungsweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Abrufen von Fördergeldern für das Palaisensemble
- Alternative Jugendbeteiligungsformate zum vorgesehenen SARA-Projekt

Tagesordnungspunkt 5

Sachstandsbericht CTC - Communities That Care

Sitzungsverlauf:

Frau Wilken stellt anhand einer Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) den aktuellen Sachstand zum CTC-Projekt vor und weist dabei insbesondere auf die derzeit laufenden Präventionsprogramme „Klasse-Kinder-Spiel“, „Balu und Du“, „Tom & Lisa“ und „Move“ hin. Darüber hinaus gibt sie einen Überblick über begleitende Elemente wie die aufsuchende Jugendarbeit, das stetige Monitoring und die Qualifikationsmaßnahmen der Jugendpflege sowie einen Ausblick auf anstehende Projekte.

Frau Heilker bedankt sich ausdrücklich für die geleistete Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und bemerkt, dass sie persönlich vom CTC-Projekt von Beginn an begeistert war und sich jetzt zeigt, dass die Präventionsprogramme wie beispielsweise „Balu und Du“ erfolgreich angelaufen sind und bei allen Beteiligten sehr gut ankommen.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

**Durchführung Projekt Jugendbeteiligung
Vorlage: 2022/072**

Sitzungsverlauf:

Frau Wilken stellt anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt ist, die Grundzüge des Jugendbeteiligungsprojekts „SARA“ sowie die einzelnen Projektphasen vor.

Auf Nachfrage von Frau Fisbeck erläutert Frau Wilken, dass das Projekt nachhaltig ausgelegt ist und während der gesamten Laufzeit von „Politik zum Anfassen e. V.“ extern professionell betreut wird. Um die Nachhaltigkeit zu gewährleisten, wird parallel das Team der Jugendpflege geschult, um nach dem Projektzeitraum gemeinsam mit dem Arbeitskreis Jugendbeteiligung die entwickelte Form der Jugendbeteiligung dauerhaft zu etablieren. Im Übrigen war und ist hinsichtlich der Umsetzung eine sehr enge Absprache mit den beteiligten Schulen erforderlich, um die einzelnen Projektteile in den Schulalltag zu platzieren und zu terminieren. Nur so war es letztendlich möglich, dass alle neunten Klassen im Rahmen einer Projektwoche Anfang September das demokratiepädagogische Planspiel durchführen können, womit letztendlich über 300 Schülerinnen und Schüler in der zentralen Jugendphase (14 bis 15 Jahre) erreicht werden können.

Frau Icken gibt zu verstehen, dass sich der beigefügte Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen / UWG „Treffpunkt für Jugendliche“ und der CDU-Antrag zur Jugendbeteiligung in dem von Frau Wilken vorgestellten Projekt zur Jugendbeteiligung wiederfinden. In einem nächsten Schritt ist jetzt auch die Politik gefordert, in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen und der Schule das Projekt umzusetzen und mit entsprechenden Beschlüssen die Jugendbeteiligung zu einem festen Bestandteil der Rasteder Politik zu machen. In diesem Zusammenhang soll auch der Antrag der Gruppe, der von Frau Brandt angestoßen wurde, in das Konzept einfließen. Sie betont abschließend, dass eine besondere Beratung des Antrags durch die Umsetzung des Projekts SARA nicht mehr erforderlich ist.

Herr Alexander von Essen begrüßt die vorgestellte Konzeption, die unter anderem auch seinen 2016 gestellten Antrag zum Planspiel „Pimp Your Town“ beinhaltet, ausdrücklich, mit der sich die Jugendbeteiligung in Rastede voranbringen und mit Unterstützung unter anderem des Vereins KiJuRa, der Jugendpflege und den Schulen nachhaltig etablieren lässt. Dessen ungeachtet sieht er die 18-monatige Zeitachse für Jugendliche ein wenig kritisch und bittet darum, sofern die Möglichkeit besteht, gegebenenfalls Bausteine des Konzepts parallel laufen zu lassen.

Frau Rowold schließt sich den Ausführungen von Frau Icken weitestgehend an, bemerkt jedoch zum Beitrag von Herrn von Essen, dass die 18-monatige Projektlaufzeit angemessen ist, da dadurch den Jugendlichen auch verdeutlicht wird, dass demokratische Prozesse eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Beschlussempfehlung:

Die Gemeinde Rastede führt das Projekt „SARA“ im Zuge der Entwicklung und Etablierung eines kommunalpolitischen Jugendbeteiligungsformates zur nachhaltigen Stärkung demokratischer Grundwerte auf der Grundlage der Projektbeschreibung, unter Berücksichtigung der Bewilligung von Drittmitteln, gemäß der Anlage zu dieser Vorlage, durch.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

**Ganztagsförderung für Kinder im Grundschulalter
Vorlage: 2022/056B**

Sitzungsverlauf:

Herr Sundermann stellt anhand einer Präsentation (Anlage 3 der Niederschrift) die wesentlichen Unterschiede zwischen einer Ganztags-Grundschule nach dem Schulgesetz und einem Hort im Grundschulgebäude nach dem Niedersächsischen Kindertagesstättengesetz dar. Er weist insbesondere darauf hin, dass bei einer Hort-Lösung zusätzlich zur Ganztags-Grundschule je Hortgruppe ein weiterer Raum, ab drei Gruppen ein weiterer Raum für die Hortleitung, ein Arbeitsraum für die Hortkräfte und ein Bewegungsraum erforderlich ist, sodass für eine komplette Hort-Lösung mindestens 25 zusätzliche Räume erforderlich wären und für alle Hort-Gruppen jeweils 80 Prozent der Personalkosten (zwei Betreuungskräfte pro Gruppe) übernommen werden müssten. Vor dem Hintergrund des enormen finanziellen Mehraufwandes bei einer Hort-Lösung kann aus Sicht der Verwaltung der künftige Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2026 aufsteigend aus heutiger Sicht nur über eine Ganztags-Grundschule erfüllt werden.

Auf Nachfrage von Frau Fisbeck erklärt Herr Sundermann, dass nach aktueller Datenlage für das kommende Schuljahr 2022/23 zwei Hortgruppen im Hauptort fehlen.

Herr Janßen führt aus, dass bei allen weiteren Überlegungen die zu erwartenden recht hohen Kosten und der Personalbedarf beachtet werden müssen. Gleichwohl kann dem Vorschlag der Verwaltung aufgrund der noch nicht geklärten rechtlichen Rahmenbedingungen und der zu erwartenden fehlenden Betreuungszeiten außerhalb des Ganztagsangebots von 15:30 bis 17 Uhr nicht vollumfänglich gefolgt werden, sodass die Gruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen / UWG gemeinsam mit der CDU- und FDP-Fraktion nachfolgenden Änderungsantrag vorbereitet hat:

- *Die Erfüllung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter soll vorrangig durch die Angebote von Ganztagsgrundschulen erfüllt werden.*
- *Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den Grundschulen weitere Planungen zur entsprechenden Umsetzung zu erarbeiten.*
- *Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote für eine Betreuung nach der schulischen Ganztagsbetreuung aufzuzeigen und Lösungsmöglichkeiten für die qualifizierte Betreuung der Kinder in den späten Nachmittagsstunden und den Ferien vorzustellen. Vor diesem Hintergrund ist zu gegebener Zeit eine Elternbefragung zur Feststellung der Bedarfe durchzuführen.*

Herr Alexander von Essen begrüßt den Beschlussvorschlag und betont, dass bei den weiteren Überlegungen und Planungen nicht nur auf die reine Erfüllung des Rechtsanspruches geachtet werden sollte, sondern vielmehr auch die Bedürfnisse der Kinder und Eltern im Fokus stehen sollten. Er weist zudem darauf hin, dass bundesweit 3,5 Milliarden Euro für den Ausbau des Ganztagsangebots zur

Verfügung gestellt werden sollen, sodass es sinnvoll wäre, jetzt schon frühzeitig ein Ganztags-Konzept zu erarbeiten, um gegebenenfalls Fördergelder für den Ausbau „abschöpfen“ zu können. Hinsichtlich der zuletzt entfachten Diskussion über die Schulstandorte legt er dar, dass sich die CDU-Fraktion deutlich für den Erhalt aller Grundschulstandorte ausspricht und eine Zusammenlegung von Schulen grundsätzlich ablehnt.

Frau Fisbeck gibt zu verstehen, dass der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung in den Grundschulen die logische Folge auf den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ist. Sie spricht sich dafür aus, eine gute pädagogische Betreuung mit Fachpersonal auch wochentags in der Zeit nach 15:30 Uhr und in den Ferien zu gewährleisten.

Herr Janßen weist darauf hin, dass sich auch die SPD-Fraktion seit vielen Jahren für den Erhalt aller Grundschulstandorte ausgesprochen hat und bereits vor 10 Jahre Überlegungen der Verwaltung hinsichtlich einer Standortverlagerung der Grundschule Leuchtenburg eine Absage erteilt hat.

Herr Sundermann gibt zu verstehen, dass es äußerst schwierig wird, für eine Ferien- sowie Nachmittagsbetreuung von 15:30 bis 17 Uhr pädagogisches Personal zu finden und entsprechende Betreuungsangebote den Standards des Kita-Gesetzes entsprechen müssen.

Herr Segebade betont, dass bei den anstehenden Aufgaben viel Fantasie und Geschick gefordert ist, um dem Personal und selbstredend auch den Familien eine Perspektive aufzeigen zu können.

Beschlussempfehlung:

Die Erfüllung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter soll vorrangig durch die Angebote von Ganztagsgrundschulen erfüllt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den Grundschulen weitere Planungen zur entsprechenden Umsetzung zu erarbeiten.

Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote für eine Betreuung nach der schulischen Ganztagsbetreuung aufzuzeigen und Lösungsmöglichkeiten für die qualifizierte Betreuung der Kinder in den späten Nachmittagsstunden und den Ferien vorzustellen. Vor diesem Hintergrund ist zu gegebener Zeit eine Elternbefragung zur Feststellung der Bedarfe durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Anfragen und Hinweise

Projekt Skaterbahn

Auf Nachfrage von Frau Fisbeck hinsichtlich des aktuellen Stands beim Projekt Skaterbahn erläutert Frau Wilken, das zwischenzeitlich einige Skaterbahnen im Umland begutachtet und unlängst bereits einige Ortsvorschläge gemacht wurden. Dessen ungeachtet regt sie an, das Thema in die Zukunftswerkstatt des Jugendbeteiligungsprojekts zu geben, um es dort mit einer größeren Anzahl an Jugendlichen abzustimmen und somit letztendlich auch eine breitere Basis für eine Entscheidung zu haben.

Spielplatz im Schlosspark

Frau Fisbeck erkundigt sich, ob und inwieweit sich zwischenzeitlich die Denkmalbehörde zum Antrag „Spielplatz im Schlosspark“ geäußert hat.

Bürgermeister Krause legt dar, dass in den vergangenen Tagen eine Stellungnahme der Unteren Denkmalschutzbehörde eingegangen ist, die jetzt inhaltlich ausgewertet werden muss, bevor eine Beschlussvorlage für eine der nächsten Fachausschusssitzungen erstellt werden kann.

Sichtachse Palais Schloss

Frau Fisbeck gibt zu verstehen, dass die Sichtachse zwischen Palais und Schloss nahezu zugewachsen ist. Sie bittet den Bürgermeister beim nächsten Treffen mit der herzoglichen Familie, das Thema anzusprechen und die Familie zu bitten, einen Rückschnitt vornehmen zu lassen.

Förderschule am Voßbarg – Zwischenstand Schulzweigerweiterung ESE

Herr Kammer hinterfragt, ob seitens der Verwaltung zwischenzeitlich weitergehende Gespräche mit den zuständigen Stellen hinsichtlich der Erweiterung an der Förderschule am Voßbarg um den Schulzweig ESE (emotional-soziale Entwicklung) geführt wurden.

Herr Sundermann führt aus, dass die Gespräche mit dem Landkreis hinsichtlich der Schulzweigerweiterung an der Förderschule am Voßbarg eng mit der Entscheidung über die Trägerschaft der Astrid-Lindgren-Schule in Edeweicht zusammenhängen. Da diese Gespräche noch nicht abgeschlossen sind und eine Entscheidung noch nicht herbeigeführt wurde, liegt derzeit auch keine Gesprächsbasis für die Diskussion um die Schulzweigerweiterung in Rastede vor.

Schulentwicklungskonzept

Herr Alexander von Essen weist darauf hin, dass die Beratung über ein im Rahmen der Haushaltsberatungen beantragtes Schulentwicklungskonzept bislang noch nicht terminiert wurde, sodass die Thematik gegebenenfalls mit den an der KGS laufenden Prozess im Arbeitskreis „Schulentwicklung“ zusammengeführt werden könnte.

Herr Sundermann weist darauf hin, dass die Verwaltung an einen der Workshop der KGS teilgenommen hat und es dabei in erster Linie um künftige Unterrichtsformen und Formate ging.

Tagesordnungspunkt 9

Einwohnerfragestunde

Herr Janßen weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen einige Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern, die vom Bürgermeister beziehungsweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Behandlung des Antrags „Treffpunkt für Jugendliche“
- Förderschule am Voßbarg – Sachstand Schulzweigerweiterung ESE (emotional-soziale Entwicklung)
- Umsetzung Digitalpakt an der Grundschule Hahn-Lehmden
- Schulentwicklungskonzept für die Rasteder Schulen
- Protokollierung der Einwohnerfragestunde

Tagesordnungspunkt 10

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen schließt die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 18:50 Uhr.